



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Frau  
Gökay Akbulut, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 20. Juni 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2019**  
HIER **Arbeitsnummer 6/193**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Dr. Helmut Teichmann

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Gökay Akbulut  
vom 18. Juni 2019  
(Monat Juni 2019, Arbeits-Nr. 6/193)

---

Frage

*Inwieweit wird die Bundesregierung die Leitlinien für befristete Regelungen für die Ausschiffung mit dem Titel „Guidelines on temporary arrangements for disembarkation“, die auf europäischer Ebene in einem „Working Paper“ festgelegt wurden, (WK 7219/2019 INIT) und in Bezug auf bewährten Verfahren basieren und entwickelt wurden, die in früheren Fällen von Landungen angewandt wurden, welche sich auf eine koordinierende Rolle der Kommission und die Unterstützung durch die zuständigen Behörden stützen, wobei der Rahmen vorübergehender Natur sein soll, und die Beteiligung der Mitgliedsstaaten auf freiwilliger Basis erfolgen soll, anwenden, und welche Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung ebenfalls gewillt diese befristete Regelung für Ausschiffung anzuwenden (bitte einzelne Mitgliedsstaaten auflisten) ?*

Antwort

Das von der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten am 13. Juni 2019 als Fortschrittsbericht vorgestellte Dokument (Ratsdok. WK 7219/2019 INIT) fasst die bislang erzielten Ergebnisse der Beratungen in den europäischen Gremien zusammen und stützt sich dabei auf bewährte Praktiken aus der Vergangenheit, um einen vorhersehbaren Ablauf für Seenotrettungsfälle im Rahmen eines künftigen Mechanismus zu beschreiben.

Die Abstimmungen im Kreise der Mitgliedstaaten dauern an.

Die rumänische EU-Ratspräsidentschaft kündigte an, der künftigen finnischen EU-Ratspräsidentschaft das Arbeitspapier zu übergeben, damit die Beratungen auf dieser Grundlage fortgesetzt werden können. Die Bundesregierung hat die rumänische EU-Ratspräsidentschaft bei ihren Bemühungen um die Etablierung eines temporären Mechanismus zur Ausschiffung und Verteilung von aus Seenot geretteten Personen unterstützt und wird dies auch weiterhin im Rahmen der künftigen finnischen EU-Ratspräsidentschaft tun und die Verhandlungen konstruktiv und kompromissorientiert begleiten.

Aus Gründen der Vertraulichkeit trifft die Bundesregierung grundsätzlich keine Aussagen über die Positionen europäischer Partner im Rahmen von internen Beratungen.